

Auf S. 2 der Vorabdruck des neuen Buches von Werner Rügemeier: »Heuschrecken« im öffentlichen Raum - Public Private Partnership - Anatomie eines globalen Finanzinstruments – in junge welt, 6.5.08

Leipziger Erklärung von Initiativen gegen Privatisierung

Am Samstag, dem 3.5., trafen sich in Leipzig Vertreterinnen und Vertreter von Bürgerinitiativen gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie folgten der Einladung von Initiativen aus Berlin, Freiburg, Leipzig und Mülheim an der Ruhr, die unter dem Motto "Privatisierungswahn stoppen" zu einem Vernetzungstreffen eingeladen hatten.

Es wurden die Erfahrungen aus 15 Städten ausgetauscht und gemeinsame Ziele und Probleme besprochen. Da sich die "Drehbücher der Privatisierer" an vielen Stellen gleichen, sehen sich die Bürgerinnen und Bürger ähnlichen Problemen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gegenüber.

Als Ergebnis der Beratungen wurde folgende Erklärung formuliert:

"Leipziger Erklärung von Bürgerinitiativen gegen Privatisierung"

- 1. Privatisierung befördert die Erosion unserer Demokratie. Besonders die kommunale Selbstverwaltung wird zunehmend ausgehöhlt. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger finden immer weniger Beachtung.**
- 2. Wir wollen weitere Privatisierungen von öffentlichem Eigentum verhindern, weil dadurch die demokratische Kontrolle sukzessive abgebaut und die Verschuldung der öffentlichen Hand auf Dauer nicht überwunden, sondern zementiert wird.**
- 3. Wir unterstützen Re-Kommunalisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Stärkung des Gemeineigentums.**
- 4. Öffentliche Einrichtungen und Unternehmen haben einen besonderen Auftrag zu erfüllen und sollen gemeinwohlorientiert und transparent arbeiten, unter demokratischer Kontrolle und offen für die Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft.**

Die Teilnehmer haben beschlossen, eine Struktur im Internet einzurichten, die einen Anlaufpunkt für Informationen und Kontakte bilden soll. Das Ziel ist, den Erfahrungsaustausch zu erleichtern, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, ihre Interessen wahrzunehmen, und die Arbeit der Initiativen zu unterstützen. Wir sehen die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens lokaler Initiativen und werden zunächst die Vernetzung weiter ausbauen. Das nächste bundesweite Treffen ist für Anfang November geplant.

P.S.: In der WAZ vom Samstag, dem 2. Mai 08, war auf S. 3 ein interessanter Artikel "Die Angst vor Privatisierung - Daniel Schily von "Mehr Demokratie" fordert mehr Mitbestimmung für die Bürger". Darin u.a.

"Schily verweist auf die Schweiz. Dort sei gesetzlich festgelegt, dass die Bürger vor jeder Privatisierung in einem Bürgerentscheid zustimmen müssen."

Das sollte auch in allen deutschen Bundesländern eingeführt werden!

Weiter schröpfen

Vorabdruck des neuen Buches von Werner Rügemer. Die öffentliche Verschuldung wird durch Private-Public-Partnership-Projekte weiter verschärft. Die enormen Kosten für die »Heuschrecken«-Profite muss die zunehmend verarmende und kontrollierte Bevölkerung tragen.

Erscheint in diesen Tagen im transcript Verlag, Bielefeld, 172 S., 16,80 Euro

:



Werner Rügemer: »Heuschrecken« im öffentlichen Raum - Public Private Partnership - Anatomie eines globalen Finanzinstruments

Von Werner Rügemer



Sobald in einer Region öffentlich-privat finanzierte Schulen entstehen, haben andere Bildungseinrichtungen die finanziellen Lasten mitzutragen (Gauß-Schule in Frankfurt/Oder im Juli 2007) Foto: dpa

Werner Rügemer gibt mit seinem neuen Buch »Heuschrecken« im öffentlichen Raum« einen Überblick über den Einzug einer seit wenigen Jahren etablierten Praxis der Profitmaximierung durch Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen. Unser Autor erinnert an die Ursprünge von Privat-Public-Partnership (PPP) im England von »New Labour« mit Anthony Blair an der Spitze. In weiteren Kapiteln werden Einzug und Praxis dieses Enteignungsfeldzuges des Kapitals in Deutschland dargestellt. Am Ende seines Buches legt Rügemer einige Probleme offen, die durch PPP entstanden sind und mit denen linke Politik umzugehen hat. Die jung welt (jW) veröffentlicht diese Schlußfolgerungen leicht gekürzt.

Private-Public-Partnership wird mit dem Argument angepriesen, nun könne der hochverschuldete Staat wieder investieren, denn hier werde privates Kapital »mobilisiert«. Das Gegenteil ist der Fall: In Wirklichkeit stellt PPP eine neue Form der Kapitalschöpfung für die Privaten dar. Das Kapital wird nicht für den Staat, sondern für die Global Player mobilisiert. Und die Bilanz am Ende der Vertragslaufzeiten ist, so kann heute schon gefolgert werden, vernichtend: Mit PPP gibt der Staat wesentlich mehr aus, als er nach traditioneller Weise tun würde. So stellt PPP eine neue, weit in die Zukunft verlängerte, zusätzliche Staatsverschuldung dar.

Selbst wenn man sich auf die eingeschränkte fiskalische Perspektive eines einzelnen städtischen oder staatlichen Haushalts einläßt, also alle Kollateralschäden wie gesamtstaatlichen Steuerverlust, Abbau von Arbeitsplätzen, Einsatz von Niedriglöhnern und Billigfirmen, Verringerung der Lohnsumme, Minderung der Bau- und Betriebsqualität u. ä. ausklammert, selbst dann kann man nicht von einer »spürbaren Entlastung« der öffentlichen Haushalte durch PPP sprechen.

Selbst bei einem angenommenen, aber letztlich unwahrscheinlichen »Effizienzvorteil« von fünf bis zehn Prozent (bei PPP-Projekten – d.Red.) könnten mit den verfügbaren Finanzmitteln sowieso nur fünf bis zehn Prozent mehr Bauten, Sanierungen und Dienstleistungen realisiert werden. Der zur Begründung herangezogene große Investitionsstau kann also logischerweise durch PPP gar nicht aufgelöst werden. Es könnten mit dem vorhandenen Geld bestenfalls fünf bis zehn Prozent mehr als mit der »traditionellen« Verfahrensweise investiert werden.

In Frankfurt a. M. etwa sind durch die geschilderten Projekte (Bildungszentrum Ostend und vier neue Schulen) mindestens 450 Millionen Euro auf 20 Jahre gebunden, das sind wesentliche Teile des Schulhaushalts. Bestenfalls kann noch ein weiteres Projekt hinzukommen, bevor die Finanzmittel für die restlichen über 100 Schulen so eingeschränkt werden müssen, daß diese vollständig vergammeln. PPP muß deshalb auf wenige Pilotprojekte beschränkt bleiben. Diese »Leuchttürme« sollen weit in Stadt und Land und in die Welt hinausstrahlen und die Mehrheit der anderen Schulen im gnädigen Dunkel belassen. PPP ist nicht verallgemeinerungsfähig.

Aber nichts ist so dumm und desaströs, daß es in diesem Milieu nicht praktiziert würde. Es gibt nämlich doch eine Möglichkeit der Verallgemeinerung: Wie gezeigt, werden im Landkreis Offenbach alle 90 Schulen durch PPP saniert und bewirtschaftet. Dies zehrt allerdings den gesamten Haushalt des Landkreises aus. Personal auch außerhalb des Schulbereichs wird in großer Zahl abgebaut, Dienstleistungen werden gestrichen. Der Landkreis wird zur Geisel seines »Leuchtturms«. Durch gesteigerten Patriotismus und abstrakte Disziplinforderungen versucht der Landrat, die PPP-Volksgemeinschaft um das strahlende »Goldene Riesenkalb« zusammenzuhalten.

Flucht in die neue Verschuldung

Die Präsidenten der Landesrechnungshöfe haben nach detaillierter Prüfung ausgewählter Projekte festgestellt, daß die versprochenen Vorteile für den Staat nicht realisiert werden. Sie stellen zudem fest: »Bei PPP-Projekten treten andere laufende Ausgaben an die Stelle von Zins- und Tilgungslasten und belasten künftige Haushalte in gleicher oder ähnlicher Weise. (...) PPP-Projekte, die sich die öffentliche Hand konventionell finanziert nicht leisten kann, darf sie sich ebensowenig alternativ (d.h. mit Hilfe von PPP – W.R.) finanziert leisten.«¹ Doch diese Analyse, so gemäßigt sie ist, wird von der Lobby weggewischt. Auseinandersetzung damit gibt es nicht. Totschweigen heißt die Methode. Dabei wissen es auch die Befürworter genau, eigentlich, wenn sie unter sich sind: »Die Verpflichtung zur Zahlung eines laufenden Entgelts in einem ÖPP-Projekt ist einer Kreditaufnahme gleichzustellen.«² Deshalb stellt der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) fest, daß man gerade mit dem verschuldeten Staat keine PPP-Verträge machen dürfte, eigentlich. Denn privates Kapital müsse immer aus öffentlichen Haushalten oder aus Nutzerentgelten refinanziert werden. Da aber knappe öffentliche Mittel gerade die Ursache für PPP sind, stehen sie zur Refinanzierung nicht zur Verfügung.

Aber um an Aufträge zu kommen, macht man trotzdem PPP. Denn mit Hilfe des frühzeitigen Forderungsverkaufs und neuer Finanzprodukte (Infrastrukturfonds) brauchen die privaten Investoren nicht abzuwarten, ob der Staat die jahrzehntelange Mietzahlung durchhält. Sie kommen ja schon am Anfang zu ihrem Geld. Wie und ob der erpreßte bzw. korrupte bzw. haftende bzw. überschuldete bzw. mitorganisierende Staat in Zukunft die Entgelte aufbringen kann, das muß sie nicht kümmern. Sie wissen: Der Staat wird zahlen, und wenn er dafür die steuer- und gebührenzahlenden Bürger, vor allem die abhängig beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger noch stärker schröpfen oder zu noch niedrigerer Entlohnung zwingen muß als bisher. Das ist die zynische Erfüllung der im PPP-Leitfaden des Bundes geforderten »Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit«.

PPP mit den dazugehörigen Finanzpraktiken einschließlich der Gewinngarantie ist Teil eines Gesamtverhaltens. Die Bundesregierung, die Europäische Kommission, das politische Establishment, Banken, Investoren und Berater fördern – entgegen ihren öffentlichen Forderungen nach »Haushaltsdisziplin« – nicht die Entschuldung des Staates, sondern das Gegenteil. Sie fördern in vielfältigen praktischen Formen und durch Gesetze diejenigen Finanzakteure, die die weitere Überschuldung und finanzielle Fesselung des Staates betreiben oder bewirken und dafür auch noch staatliche Rückversicherung erhalten.

So haben sich auch Banken im Staatseigentum wie die Sächsische Landesbank (SachsenLB) und die IndustrieKredit-Bank (IKB) durch hochspekulativen Handel mit faulen US-Hypothekenkrediten in die Insolvenz geritten. Sie gehen aber nicht in Insolvenz, werden gar nicht den behaupteten »Gesetzen des Marktes« unterworfen, sondern werden schnell und »unbürokratisch« auf Staatskosten saniert. Auch die großen internationalen Banken wie die Deutsche Bank und die Citigroup werden in den USA, in der Europäischen Union und in Deutschland durch die staatlichen Zentralbanken mit Hilfe von Überbrückungskrediten saniert.

Die SachsenLB ist die einzige ostdeutsche Landesbank, gegründet und protegirt durch den langjährigen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, seinen Nachfolger und deren dubiose

Gefolgschaft. Biedenkopf, der Privatisierungsfundamentalist, galt und gilt als wirtschaftlich besonders kompetent. Sein Anliegen war das Wohlergehen von Groß- und Finanzinvestoren, denen die sächsischen Landesregierungen Steuervorteile und demokratische Verfahren zu Füßen legten und legen. Der größte Anteilseigner der IKB ist die bundesstaatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Anteilseigner ist ebenfalls die Bank Oppenheim, die seit Jahrzehnten, über Parteigrenzen hinweg, regierungsnah operiert, korruptive Praktiken eingeschlossen, und einer der großen Privatisierungsakteure in der Bundesrepublik ist. Nach den Worten der KfW-Vorstandssprecherin war und ist die IKB für die Staatsbank »das Ohr am Markt«.3 Der Wert der IKB ist erheblich gesunken, aber die Bundesregierung prüft keine Schadenersatzansprüche gegen Vorstand, Aufsichtsrat, Eigentümer und Wirtschaftsprüfer der IKB.

PPP ist ein neuer finanzieller Rettungsanker für politische und ökonomische Akteure, die im Sinne von Volkswirtschaft und Gemeinschaft keine Verantwortung übernehmen und eigentlich abgewirtschaftet haben. Sie haben die bisherige Überschuldung organisiert. Ohne dies als ihren eigenen Fehler einzugestehen, spielen sie sich jetzt als Retter der von ihnen selbst angerichteten Misere auf. Während sie mit Hilfe des Abbaus von Grundrechten und Sozialstandards und mit Hilfe von Privatisierungen die traditionelle Staatsverschuldung verringern, verschärfen sie sie gleichzeitig mit Hilfe von neuen Formen der verdeckten, indirekten Verschuldung. PPP ist für sie die bequemste Lösung: Unter dem Anschein »innovativer« Lösungen machen sie im Prinzip so weiter wie bisher.

Die Akteure bekämpfen öffentlich mit großem Pomp die traditionell herbeigeführte Staatsverschuldung. Die Regierung präsentiert, so lobt die herrschende Meinungsmafia, »in Rekordgeschwindigkeit gesundete Staatsfinanzen«.4 Aber diese »Gesundung« macht Menschen krank und ohnmächtig. Der Staat schöpft Milliardenbeträge aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ab, die nicht für Arbeitslose verwandt werden. Der Staat verkauft öffentliches Vermögen, Wohnungen, Stadtwerke, Bahnen, die Preise für die Nutzer steigen. Diese »Gesundung« verarmt die Gemeinschaft.

Diese »Gesundung« schließlich verarmt diejenigen direkt und persönlich, für die der Staat angeblich da ist. Erhöhung der Mehrwertsteuer, neue staatliche Gebühren, Studien- und Kindergartengebühren, Abschaffung der Lernmittelfreiheit, »Eigenbeteiligungen« bei Renten und medizinischen Diensten, Praxisgebühren, Zusatzversicherungen, Verringerung der Sozialtransfers und so weiter und so fort: Der Staatshaushalt und die Sozialsysteme »gesunden«, aber Millionen Menschen werden schrittweise zu Skeletten abgemagert, sie stagnieren, erkranken, hungern, verwahrlosen, sterben früh.

Verachtung der Demokratie



Privatisierung bedeutet auch Entdemokratisierung: Der Bürger soll nur noch ein konsumierendes Individuum sein

Die PPP-Investoren verbergen sich hinter anonymen, verwinkelten Rechtskonstruktionen. Die Geldflüsse und internen Effizienzgewinne sollen geheim bleiben. Die finanziellen Verpflichtungen des Staates und der Kommunen werden an unbekannte Finanzakteure weiterverkauft. Der Staat geht langfristige Verpflichtungen ein, die nicht nur den Bürgern, sondern auch den Parlamenten verheimlicht werden.

Die in Kenntnislosigkeit gehaltenen Bürger und Volksvertreter sollen »den Investor« als allmächtigen Problemlöser, als Heiligengestalt des Zeitalters und einer besseren Zukunft verehren, anstarren und ihm die Demokratie, den Rechts- und Sozialstaat zu Füßen legen. Die Vertragsfreiheit als wesentliches Merkmal der Privatautonomie kommt bei PPP zuschanden. Die politischen Beschlußgremien besiegeln Verträge, die sie nicht kennen und nicht kennen dürfen.

Die Mängel an den PPP-Billigbauten soll der Bürger, der Schüler, der Lehrer, der Patient ertragen, oder er kann sich im Dschungel der Projektgesellschaften und Subunternehmen zum angeblich »Verantwortlichen« durchschlagen, um zu erfahren, daß der gerade nicht da ist und das persönliche Aufsuchen von »Verantwortlichen« ohnehin ungehörig ist.

Jede Detailinformation an Außenstehende über ein unter PPP-Regie stehendes Gebäude untersteht dem ängstlichen Hinweis auf den Investor und auf die Schweigepflicht. PPP zerstört den öffentlichen, demokratischen, republikanischen Raum, indem das private Hausrecht an die Stelle des öffentlichen Rechts tritt. Das vom Privatunternehmen und seinen Anwälten und Wirtschaftsprüfern definierte Betriebsgeheimnis steht über der Demokratie. **PPP ist gleichbedeutend mit Verachtung der Demokratie.** Nicht nur die Bürger, sondern auch die Abgeordneten, Stadt-, Gemeinde- und Kreisräte werden zu Claqueuren degradiert. Die politischen Beschlußgremien, die Rechnungshöfe und die Kommunalaufsicht werden zur Akklamationsstaffage. Gewählte Volksvertreter werden als Unmündige behandelt, die die PPP-Verträge ohnehin nicht verstehen können. Sie werden als unsichere Kantonisten behandelt, denen man die wichtigen Betriebsgeheimnisse nicht anvertrauen darf.

Während die uniformen Massen der Privatbürger mit stundenlanger Tätigkeit am Personalcomputer gefüttert werden und ihre eifrige Einsamkeit am hilflosen Ende des digitalen Netzwerks als neue Selbständigkeit gestalten sollen, werden gleichzeitig von den privaten Unternehmen, auch über eGovernment, alle erreichbaren Daten der Nutzer heimlich gesammelt, ausgewertet, neu verknüpft, weiterverkauft.

Die auf Wissenschafts- und Expertenebene wie in der Bertelsmann-Stiftung ausgearbeiteten Konzepte transformieren den Staatsbürger und den Arbeitenden zum Kunden, der von autokratischen Eliten gelenkt wird. Es wird ein Menschentyp anvisiert, den Bertelsmann als Konzern mit seinen Massenunterhaltungsformaten (RTL, RTL 2, RTL 3, RTL 4, RTL 5, Super RTL, Vox usw.) anspricht, bedient, unterhält, ablenkt mit Softporno, albernen Börsenberichten, Skandalgeschichten, Autorennen, Live-Zerfleisungen von publizitätssüchtigen Nobodys: Gefördert wird das außengeleitete, desinformierte, gesellschaftlich ohnmächtige Individuum, dem seine Motivation entgleitet, das in Konkurrenz mit seinen ebenfalls benachteiligten Mitindividuen nach dem jeweils nächsterreichbaren finanziellen Anreiz schnappt und sich zugleich als fröhlicher Teil der großen Unterhaltungsgemeinschaft fühlt.

Nicht nur Bertelsmann will die Gesellschaft und die politischen Prozeduren nach dem Modell eines durchtechnisierten, autoritären Konzerns umgestalten. Eine Macht- und Informationselite trifft die Entscheidungen, die Mehrheitsbürger sollen als tariffreie und zugleich leistungsorientierte Arbeitsbienen arbeiten. In ihrer arbeitsfreien Zeit sollen sie nicht als Bürger, sondern als Kunden agieren; dabei zeichnen sich die Kunden allerdings nicht dadurch aus, daß sie gut bedient werden, sondern daß sie selbst dienen und die Verwaltungsarbeit, die bisher staatliche und kommunale Behörden erledigten, soweit wie möglich selbst übernehmen.

Privatisierung fördert, steigert, schützt gerade nicht die private Aktivität und die Privatheit der Bürger, sondern hebt sie tendenziell auf. Das einklagbare Recht auf Schutz der Privatsphäre der Staatsbürger ist eine Errungenschaft von Demokraten aus dem Kampf gegen Fürsten- und Obrigkeitwillkür. Dieses Recht kommt nun nicht mehr den Individuen als Staatsbürgern zu, sondern den juristischen Personen, insbesondere den großen Investoren und Finanzakteuren. Das Ende der Privatsphäre gilt für sie gerade nicht.

Wenige geschützte Groß-Privateigentümer bestimmen, durchdringen und zerstören die Privatheit der Individuen, die über kein oder geringes Privateigentum verfügen. Privatisierung fördert, schützt die Privatheit der Großinvestoren und zerstört die staatsbürgerliche Privatheit, also eine Quelle der Freiheit und der Zivilität. Wer kein nennenswertes Eigentum besitzt und dessen Macht einsetzen kann, hat keine Privatheit mehr oder nur noch eine hilflose, pervertierte.

Auch Recht und Justiz passen sich dem an. Das neue Medienrecht bzw. die Medienrechtspraxis machen es möglich, daß Unternehmen »Persönlichkeitsrechte« für sich einklagen und deren Verletzung mit hohen Strafen ahnden lassen können. Zu diesen Rechten gehört nach Grundgesetz das Recht des einzelnen auf Achtung und Entfaltung seiner Persönlichkeit gegenüber dem Staat und im privaten Rechtsverkehr. Im Besonderen gehören dazu das Recht auf den eigenen Namen, am eigenen Bild, auf die eigene Urheberschaft und auf die personenbezogenen Daten.

Nun aber fordern Konzerne, Banken und Finanzakteure diese Persönlichkeitsrechte für sich, und dies gerade in der Situation, in der sie sich selbst immer mehr anonymisieren und die bisherigen Publizitätspflichten nach Aktien-, GmbH- und Handelsrecht unterlaufen. Diese Entwicklung begann übrigens in den USA, wo Unternehmen durchsetzten, als Individuen mit dem Recht auf freie Rede anerkannt zu werden, um wie Bürger Geld an Parteien spenden zu können. So reklamiert z. B. die Bank Sal. Oppenheim, einer der einflußreichen Privatisierungsakteure in Deutschland, »Persönlichkeitsrechte« für sich und verfolgt Autor, Verlag und Vorwortverfasser des Buches »Der Bankier« mit zahlreichen juristischen Verfahren.⁵ (...)

Zurück zum Staat?

Das neomodische PPP stößt inzwischen teilweise auf Widerstand. Wo etwa durch die Gewerkschaft ver.di oder durch eine Ortsgruppe von attac eine öffentliche Diskussion organisiert werden kann, kommen die Argumente der Befürworter schnell ins Wanken.

Die Wirtschaftlichkeitsvergleiche und Machbarkeitsstudien der Profis von PSPC (der Berliner Beratungsfirma Private Sector Participation Consult, d. Red.) und anderen werden allmählich genauer unter die Lupe genommen und als Gefälligkeitsarbeiten enttarnt. So lehnte etwa der Landschaftsverband Rheinland (LVR) ein PPP-Projekt ab, weil die Berater anlaufende Verbesserungen in der LVR-Verwaltung nicht beachtet haben, sondern von ihrem Standard-Negativ-Bild »der öffentlichen Hand« ausgegangen waren. Ähnliches ergibt sich, wenn Personalräte, zum Teil aufgrund von gerichtlich erstrittenen Einsichtsrechten, sich mit Hilfe der Gewerkschaft ver.di in die Einzelheiten des PPP-Projekts vertiefen und einen Meinungsumschwung bei den Stadträten bewirken können.

Die wachsende Skepsis in der Bevölkerung wird von den Privatisierungs- und PPP-Akteuren aufmerksam beobachtet und nervös registriert. Die Bürger wollen ihren Staat wiederhaben; sie seien der neuen Unsicherheiten müde und wollten wieder »Sicherheit«, so stellen die Ideologen fest. Die neue Sehnsucht nach dem Staat krieche durch die Leserbriefspalten und Umfragen, polemisiert der neoliberale Staatskritiker. »Wir wollen keine Coca-Cola-Schule, schreien Lehrer und Lokalpolitiker.«⁶ So wird die ersehnte »Rückkehr zum Staat« als neue Kuscheligkeit und populistischer Sirenen gesang politischer Weicheier diffamiert. (...)

Überall da, wo die neoliberalen Konzepte umgesetzt wurden – und zu ihnen gehören Privatisierung und PPP –, überall da sind die Armuts- und Reichtumsrelationen zurückgekehrt, wie sie etwa zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschten – vor Einführung der Demokratie. Mit Privatisierung und PPP eignen sich die Finanzakteure zu Schleuderpreisen und Erpressungsbedingungen den öffentlichen Reichtum an, der im Laufe eines Jahrhunderts aufgebaut wurde.

Richtig ist: Privatisierung im allgemeinen und PPP im besonderen kommen nicht über Nacht. Die Entdemokratisierung und Überschuldung des Staates, seine heimliche und offene, seine berechnete und seine demagogische Diskreditierung haben einen langen Vorlauf und viele Gründe. Deshalb besteht die Alternative keineswegs darin, zu dem Staat zurückzukehren, der die Misere verschuldet hat und schon wieder eine falsche Lösung propagiert.

Die »Rückkehr zum Staat« ist ohnehin nicht die Lösung. Der primitive Gedankenhaushalt der Privatisierungsfundamentalisten zeigt sich auch in der klischeehaften Entgegensetzung »Staat oder privat«. Das Problem ist nicht so einfach, jedenfalls nicht so primitiv. Den bisherigen Staat wollen wir nicht zurück.

Es ist nicht nur die Frage nach »dem Staat«, die wiederkehrt. Es ist vor allem die Frage, welchen Staat wir brauchen. Wer darf, wer soll, wer muß mit am gedeckten Tisch sitzen, an dem die Reichtümer der Gesellschaft verteilt werden? Sind es die wenigen Privateigentümer, oder sind es alle Staatsbürger? Welcher Gegner der Menschenrechte muß an den Katzentisch (oder auch ins Gefängnis) verwiesen werden? So ist es die Frage nach dem Eigentum, die wiederkehrt, die Frage nach seiner gemeinschaftlichen, demokratischen Gestaltung und Verwaltung.

1 Bayerischer Oberster Rechnungshof: PPP-Projekte: Rechnungshöfe warnen vor langfristigen Risiken. Pressemitteilung der Präsidenten der deutschen Rechnungshöfe, 5.2.2006

2 Ernst & Young: Privatisierungen und ÖPP als Ausweg?, Frankfurt/Main 2007, S. 29; ÖPP steht für »Öffentlich-private Partnerschaft« (d. Red.)

3 IKB-Zweckgesellschaft Rhinebridge wird abgewickelt, Handelsblatt v. 20.10.2007

4 Geld im Überfluß, Der Spiegel 44/2007, 29.10.2007

5 Hans See: Privatzensur. Vorwort zu Werner Rügemer: Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim, 3. geschwärzte Auflage, Frankfurt a.M. 2006, S. 7 ff.

6 Financial Times Deutschland 6.9.2007: Das Comeback des Jahres